

91. Verordnung der Landesregierung vom 15. August 2011, mit der eine längere Frist für die Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Haiming festgelegt wird
92. Verordnung der Landesregierung vom 20. September 2011 zur Ausnahme von der Verpflichtung zur Abholung biologisch verwertbarer Siedlungsabfälle
93. Verordnung der Landesregierung vom 27. September 2011, mit der die Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2007 geändert wird
94. Verordnung des Landeshauptmannes vom 10. Oktober 2011, mit der auf der A 12 Inntal Autobahn das Nachtfahrverbot für Schwerfahrzeuge geändert wird

## 91. Verordnung der Landesregierung vom 15. August 2011, mit der eine längere Frist für die Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Haiming festgelegt wird

Aufgrund des § 31b Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011, LGBl. Nr. 56, wird verordnet:

### § 1

(1) Die Frist für die Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes wird mit zwölf Jahren ab dessen Inkrafttreten festgelegt.

(2) Die Fortschreibung des örtlichen Raumord-

nungskonzeptes ist daher vom Gemeinderat der Gemeinde Haiming bis spätestens 7. März 2013 zu beschließen und der Landesregierung zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen.

### § 2

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann:

**Platter**

Der Landesamtsdirektor:

**Liener**

## 92. Verordnung der Landesregierung vom 20. September 2011 zur Ausnahme von der Verpflichtung zur Abholung biologisch verwertbarer Siedlungsabfälle

Aufgrund des § 14 Abs. 4 des Tiroler Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBl. Nr. 3/2008, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 28/2011, wird verordnet:

### § 1

#### Ausnahme von der Verpflichtung zur Abholung biologisch verwertbarer Siedlungsabfälle

Die in der Anlage genannten Gemeinden oder Teile von Gemeinden werden von der Verpflichtung zur Ab-

holung biologisch verwertbarer Siedlungsabfälle ausgenommen.

### § 2

#### Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft und mit 31. Dezember 2012 außer Kraft.

Der Landeshauptmann:

**Platter**

Der Landesamtsdirektor:

**Liener**

*Anlage*

*Anlage*

Folgende Gemeinden oder Teile von Gemeinden sind von der Verpflichtung zur Abholung biologisch verwertbarer Siedlungsabfälle ausgenommen:

- **Bezirk Innsbruck-Land:** Gemeinden Ellbögen, Gnadenwald, Grinzens, Gschnitz, Kolsassberg, Mühlbachl, Navis, Pfons, Trins, Unterperfluss
- **Bezirk Kufstein:** Gemeinden Alpbach, Angerberg, Brandenburg, Niederndorferberg, Rettenschöss, Schefau am Wilden Kaiser, Schwoich, Thiersee, Wildschönau
- **Bezirk Lienz:** Gemeinde Assling
- **Bezirk Reutte:** Gemeinden Berwang, Breitenwang, Ehrwald, Elmen, Forchach, Grän, Hinterhornbach, Höfen, Holzgau, Lechaschau, Musau, Nesselwängle, Schattwald, Stanzach, Vils, Vorderhornbach, Wängle, Weißbach am Lech, Zöblen
- **Bezirk Schwaz:** Gemeinden Brandberg, Bruck am Ziller, Buch in Tirol, Gallzein, Gerlosberg, Hart im Zillertal, Steinberg am Rofan, Strass im Zillertal, Stummerberg und Fraktion Dornauerg/Ginzling der Gemeinden Finkenberg und Mayrhofen
- **Bezirk Kitzbühel:** Gemeinde Hochfilzen
- **Bezirk Landeck:** Gemeinden Flirsch, Kappl, Kauns, Spiss, Stanz bei Landeck, Strengen, Tobadill
- **Bezirk Imst:** Gemeinden Imsterberg, Karres

## 93 • Verordnung der Landesregierung vom 27. September 2011, mit der die Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2007 geändert wird

Aufgrund des § 2 des Tiroler Verwaltungsabgabengesetzes, LGBL Nr. 24/1968, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr. 98/2009, wird verordnet:

### Artikel I

Die Anlage zu § 1 Abs. 1 der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2007 – LVAV, LGBL Nr. 30, zuletzt geändert durch die Verordnung LGBL Nr. 118/2009, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des I. Abschnittes wird das Zitat „BGBL. I Nr. 37/2006“ durch das Zitat „BGBL. I Nr. 38/2011“ ersetzt.

2. Im I. Abschnitt werden die Tarifposten 10 und 11 aufgehoben.

3. In der Überschrift des II. Abschnittes wird das Zitat „LGBL. Nr. 75/2006“ durch das Zitat „LGBL. Nr. 32/2011“ ersetzt.

4. Im II. Abschnitt wird in der Tarifpost 17 der Klammerausdruck „(§ 3 Abs. 1)“ durch den Klammerausdruck „(§ 3 Abs. 1, § 4a Abs. 1)“ ersetzt.

5. Im II. Abschnitt wird in der Tarifpost 19 der Klammerausdruck „(§ 4 Abs. 1)“ durch den Klammerausdruck „(§ 4 Abs. 1, § 4c Abs. 1)“ ersetzt.

6. Der IV. Abschnitt hat zu lauten:

#### „IV. Leichen- und Bestattungswesen

(Gemeindesaniätätsdienstgesetz, LGBL. Nr. 33/1952, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 39/2011)

27. Bewilligung zur Beisetzung von Leichen oder Leichenteilen oder von Aschenurnen außerhalb eines Friedhofes (§ 33 Abs. 2) ..... 150,- Euro

28. Bewilligung zur Überführung einer Leiche (§ 42) ..... 35,- Euro

28a. Ausstellung einer Bescheinigung zur Überführung einer Leiche in das Ausland (§ 43) ..... 35,- Euro

29. Bewilligung zur Ausgrabung von Leichen oder Leichenresten (§ 46 Abs. 1) ..... 70,- Euro“

7. In der Überschrift des VIII. Abschnittes wird das Zitat „Tiroler Naturschutzgesetz 2005, LGBL. Nr. 26“ durch das Zitat „Tiroler Naturschutzgesetz 2005, LGBL. Nr. 26, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011“ ersetzt.

8. Im VIII. Abschnitt erhalten die Tarifposten 63 bis 67 die Bezeichnung „61“ bis „65“.

9. Im VIII. Abschnitt werden folgende neue Tarifposten 66 und 67 eingefügt:

„66. Verleihung der Befugnis als Naturhöhlenführer (§ 28a) ..... 45,- Euro  
 67. Anerkennung von Ausbildungen für das erwerbsmäßige Führen von Personen in Naturhöhlen und der Berufspraxis von Begünstigten im Rahmen der europäischen Integration (§ 28b) ..... 55,- Euro“  
 10. In der Überschrift des X. Abschnittes wird das Zitat „BGBI. I Nr. 152/2006“ durch das Zitat „BGBI. I Nr. 59/2011“ ersetzt.

11. Im X. Abschnitt wird in der Tarifpost 90 der Ausdruck „Bundespolizeibehörde“ durch den Ausdruck „Bundespolizeidirektion“ ersetzt.

12. In der Überschrift des XV. Abschnittes wird der Ausdruck „in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 17/2007“ durch den Ausdruck „zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011“ ersetzt.

13. Im XV. Abschnitt hat die Tarifpost 124 zu lauten:  
 „124. a) Schriftliche Zurkenntnisnahme der Anzeige (§ 24 Abs. 2 lit.a)

1. für Anlagen bis einschließlich 20 kW ..... 100,- Euro

2. für Anlagen über 20 kW ..... 550,- Euro

b) Zustimmung zum angezeigten Vorhaben (§ 24 Abs. 2 lit. b)

1. für Anlagen bis einschließlich 20 kW ..... 100,- Euro

2. für Anlagen über 20 kW ..... 550,- Euro

c) Aufhebung von Auflagen (§ 24 Abs. 5) ..... 180,- Euro“

14. Der XVIII. und XIX. Abschnitt haben zu lauten:

#### „XVIII. Bergsportführerwesen

(Tiroler Bergsportführergesetz, LGBL. Nr. 7/1998, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011)

141. a) Verleihung der Befugnis als Berg- und Schiführer (§ 4 Abs. 1) ..... 76,- Euro

b) Anerkennung von Ausbildungen (§ 10 Abs. 7), von Prüfungen (§ 11 Abs. 6) oder von Fortbildungsveranstaltungen (§ 13 Abs. 3) ..... 45,- Euro

142. a) Verleihung der Befugnis als Bergwanderführer (§ 16 Abs. 1) ..... 45,- Euro

b) Anerkennung von Ausbildungen (§ 18 Abs. 5) oder von Prüfungen (§ 19 Abs. 5) ..... 30,- Euro

143. a) Verleihung der Befugnis als Schluchtenführer (§ 21 Abs. 1) ..... 76,- Euro

b) Anerkennung von Ausbildungen (§ 23 Abs. 6), von Prüfungen (§ 24 Abs. 6) oder von Fortbildungsveranstaltungen (§ 25 Abs. 3) ..... 45,- Euro

144. Anerkennung von Berg- und Schiführerausbildungen und der Berufspraxis im Rahmen der europä-

ischen Integration (§ 12, gegebenenfalls in Verbindung mit § 17 oder § 22) ..... 55,- Euro

145. Ausfolgung eines neuen

a) Berg- und Schiführer-, Bergwanderführer- oder Schluchtenführerabzeichens (§ 7 Abs. 5) ..... 25,- Euro

b) Berg- und Schiführerbuches

(§ 7 Abs. 4 und 5) ..... 10,- Euro

146. Bescheinigung über das rechtmäßige Führen der Berufsbezeichnung (§ 36d) ..... 40,- Euro

#### XIX. Schischulwesen

(Tiroler Schischulgesetz 1995, LGBL. Nr. 15, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011)

147. Bewilligung zum Betrieb (§ 5 Abs. 1)

a) einer Schischule ..... 110,- Euro

b) einer Spartenschischule ..... 80,- Euro

148. Anerkennung von Tätigkeiten als Schilehrer (§ 5 Abs. 7) ..... 45,- Euro

149. Erteilung der Nachsicht

a) von der fachlichen Befähigung

(§ 5 Abs. 11) ..... 45,- Euro

b) von der Teilnahme an Ausbildungslehrgängen (§ 39), je Ausbildungslehrgang ..... 35,- Euro

150. Anerkennung von Ausbildungen (§ 37 Abs. 2), von Prüfungen (§ 37 Abs. 4 und 5) oder von Fortbildungsveranstaltungen (§ 40 Abs. 4) ..... 45,- Euro

151. Anerkennung von Schi- und Sportlehrerprüfungen und der Berufspraxis von Begünstigten im Rahmen der europäischen Integration (§ 38) ..... 55,- Euro

151a. Bescheinigung über das rechtmäßige Führen des Namens der Schischule (§ 56c) ..... 40,- Euro“

15. Im XX. Abschnitt wird in der Tarifpost 155 der Ausdruck „in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 89/2002“ durch den Ausdruck „zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011“ ersetzt.

16. Im XX. Abschnitt werden nach der Tarifpost 156 folgende Tarifposten 156a und 156b eingefügt:

„156a. Anerkennung von Ausbildungen und der Berufspraxis von Begünstigten im Rahmen der europäischen Integration (§5a des Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetzes) ..... 70,- Euro

156b. Bescheinigung zum Zweck der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen (§ 11c des Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetzes) ..... 40,- Euro“

17. Im XX. Abschnitt haben die Tarifposten 167 und 168 zu lauten:

„167. Anerkennung von Ausbildungsnachweisen aufgrund des Landesvertragslehrpersonengesetzes 1966, BGBI. Nr. 172, zuletzt geändert durch das Gesetz

BGBI. I Nr. 153/2009, bzw. des land- und forstwirtschaftlichen Landesvertragslehrpersonengesetzes, BGBI. Nr. 244/1969, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBI. I Nr. 153/2009 ..... 70,- Euro

168. Anerkennung inländischer Ausbildungen oder von Ausbildungen im Rahmen der europäischen Integration (§ 34 bzw. § 35 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, LGBL. Nr. 48/2010, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011) .... 70,- Euro“

18. Im XX. Abschnitt werden nach der Tarifpost 170 folgende Tarifposten 171 bis 173 angefügt:

„171. Anerkennung von Ausbildungen im Rahmen der europäischen Integration (§ 25 des Tiroler Land- und

forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 2000, LGBL. Nr. 32, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 30/2011) ..... 70,- Euro

172. Anerkennung von Ausbildungen und der Berufspraxis von Begünstigten im Rahmen der europäischen Integration (§ 44 des Tiroler Sozialbetreuungsberufesgesetzes, LGBL. Nr. 9/2009) ..... 70,- Euro

173. Bescheinigung über das rechtmäßige Führen einer Berufsbezeichnung (§ 58 des Tiroler Sozialbetreuungsberufesgesetzes) ..... 40,- Euro“

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann:

**Platter**

Der Landesamtsdirektor:

**Liener**

## 94. Verordnung des Landeshauptmannes vom 10. Oktober 2011, mit der auf der A 12 Inntal Autobahn das Nachtfahrverbot für Schwerfahrzeuge geändert wird

Aufgrund der §§ 10 und 16 Abs. 1 Z. 4 des Immissionsschutzgesetzes Luft (IG-L), BGBI. I Nr. 115/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBI. I Nr. 77/2010, wird im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie verordnet:

#### Artikel I

Die Verordnung des Landeshauptmannes, mit der auf der A 12 Inntal Autobahn ein Nachtfahrverbot für

Schwerfahrzeuge erlassen wird, LGBL. Nr. 64/2010, wird wie folgt geändert:

Im Abs. 1 des § 4 wird in der lit. h die Wortfolge „31. Oktober 2011“ durch die Wortfolge „31. Oktober 2012“ ersetzt.

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann:

**Platter**

Der Landesamtsdirektor:

**Liener**

|  |  |
|--|--|
| Erscheinungsort Innsbruck<br>Verlagspostamt 6020 Innsbruck | Österreichische Post AG<br>Info.Mail Entgelt bezahlt |
|--|--|

DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung  
6010 Innsbruck

Das Landesgesetzblatt erscheint nach Bedarf,  
die Bezugsgebühr beträgt € 60,- jährlich.

Verwaltung und Vertrieb:  
Landeskanzleidirektion, Neues Landhaus, Zi. A 039.

Druck: Eigendruck